

Nachhaltigkeit und gelebtes Miteinander

Doris Rauscher (SPD) findet Windräder sinnvoll und Gewerbegebiet in Taglaching schlecht

Landkreis – Umweltschutz, Nachhaltigkeit und gelebtes Miteinander, lässt sich das alles unter einen Hut bringen? Dieser Frage ging jetzt die SPD-Landtagsabgeordnete Doris Rauscher zusammen Markus Rinderspacher, dem Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag nach. Eigentlich wollten die beiden dazu ja mit dem Rad fahren, aber dann wurde es doch – witterungsbedingt – ein Kleinbus.

„Wir können den Wind nicht ändern, aber unsere Richtung“ – so steht es auf dem Windrad in Hamberg zu lesen. Unter der dortigen Großwindanlage diskutierten Rauscher und Rinderspacher mit Bürgern aus dem Landkreis zum Thema Energie-wende. „Unser Energiebedarf steigt, der Klimawandel schreitet voran – da braucht es kluge Konzepte für die Zukunft. Windräder sind dabei ein wichtiger Bestandteil“, betonten die beiden. „Sie sollten da gebaut werden können, wo sie sinnvoll und möglich sind, damit der Umstieg auf erneuerbare Energien klappt.“ Leider habe die 10-h-Regelung von Horst Seehofer, damals als bayerischer Ministerpräsident, der Windenergie die Luft abgedreht, und Windräder wie das in Hamberg könnten deshalb in Bayern kaum mehr beantragt werden. „Gab es vor fünf Jahren noch 400 neue Windräder, sind es jetzt vier – eine unverantwortliche Entwicklung, die die Staatsregierung zu verantworten hat.“



Unterwegs im Wahlkampf: Doris Rauscher (vorne 2. v. r.) mit Bürgern am Kirchseeoner Bahnhof, wo es laut wurde. FOTO: KN

Dem Stopp in Hamberg vorausgegangen war der Start der Tour am Kirchseeoner Bahnhof und ein Austausch mit den Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm rund um Susanne Höpler und Peter Pernsteiner. Direkt vor Ort wurde die Lärmbelastung deutlich – immer wieder mussten die Stimmen gehoben werden,

„Hätte Söder das Anbindegebot im Landesentwicklungsprogramm nicht geändert, wäre ein Gewerbegebiet mitten im grünen Tal überhaupt nicht möglich.“

DORIS RAUSCHER, SPD-LANDTAGSABGEORDNETE ZUM GEWERBEGEBIET IM TAGLACHINGER TAL

wenn ein Zug vorbei- oder einfuhr ist. „Dass Lärm dauerhaft krank machen kann, ist heute allgemein bekannt, genauso, wie dass der Verkehr hier in Zukunft mehr werden wird. Umso wichtiger ist es, die Strecke Richtung Mün-

chen zeitnah mit besseren Lärmschutzmaßnahmen auszustatten“, fasste Doris Rauscher ihre Forderungen zusammen.

Um den Klimawandel und den Umstieg auf nachhaltige, umwelt- und tierschonendere Landwirtschaft ging es dann auch beim dritten Stopp: In den Herrmannsdorfer Landwerkesstätten erläuterte Gründer Karl Ludwig Schweisfurth biologische Anbauweisen und artgerechten Tierhaltung. „Wir leben nicht vom Supermarkt, sondern von unserer Natur, die uns Mittel zum Leben bereithält – unsere Lebens-Mittel“, so Schweisfurth.

Soziale Aspekte standen in Zinneberg im Fokus. In der Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe tauschten sich die beiden SPD-Landtagsabgeordneten mit den Vertreterinnen von Schloss Zinneberg Gabi Fercher und Elke Pitzer über die aktuellen Entwicklungen bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche aus. So hat der Anteil von Jugendlichen mit sozial-emotionalen Problemen, die in Zinneberg

Hilfe suchen und bekommen, in der Vergangenheit zugenommen. Verantwortlich dafür sind in den Augen Elke Pitzers der immer größere Erwartungsdruck der Gesellschaft, fehlende Wertebildungen oder gar die Überforderung ganzer Familien, wenn beispielsweise dauerhaft finanzielle Belastungen den Alltag bestimmen. „Um hier Abhilfe zu schaffen, sind zum einen Fachkräfte aus dem sozialpädagogischen Bereich gefragt. Und natürlich mehr Unterstützung für die Familien insgesamt – zum Beispiel durch bezahlbaren Wohnraum“, fasst Rauscher die Forderungen zusammen.

Die letzte Etappe führte die Gruppe ins Taglachinger Tal zur Schutzgemeinschaft, die sich seit Jahren für den Erhalt der Natur einsetzt und den Neubau eines Gewerbegebiets in das Schwerpunktgebiet des Arten- und Biotopschutzprogramms verhindern will. Rauscher, die die Gemeinschaft seit 2014 in ihren Bemühungen unterstützt, wies Ministerpräsident Söder vor Ort eine Mitschuld an den Entwicklungen in Taglaching zu: „Hätte Söder das Anbindegebot im Landesentwicklungsprogramm nicht geändert, wäre ein Gewerbegebiet mitten im grünen Tal überhaupt nicht möglich. Dass alle Bedenken der Menschen vor Ort, die Belange des Naturschutzes und der Verkehrssicherheit seitens Kommune, Landkreis und Staatsregierung vom Tisch gefegt werden, ist bedauerlich!“ ez